

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“

Verlagszeit: 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Wöchentlich

6 Ausgaben.



Preis:

„Tagblatthaus“ Nr. 0050-52.

Don 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Bezugspreis: Im Verlag abgeholt: 300 Millionen M., in den Ausgabestellen: 306 Millionen M., durch die Träger ins Haus gebracht 400 Millionen M., vom 19. — 24. November. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: Örtliche Anzeigen 120 Millionen M., Finanz-Anzeigen 100 Millionen M., Zeitungs-Anzeigen 180 Millionen M., auswärtige Anzeigen 180 Millionen M., Zeitungs-Anzeigen 300 Millionen M., auswärtige Anzeigen 300 Millionen M., für die einseitige Kolonisation. — Alle Zeitungspreise sind freibleibend; Erhöhungen mit sofortiger Wirkung auch bei allen laufenden Aufträgen, ohne besondere Mitteilung. — Schluss der Anzeigen-Nahme: 10 Uhr vormittags.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Landwehrstraße 35, Fernsprecher: Rheingau 2186.

Nr. 264.

Freitag, 23. November 1923.

71. Jahrgang.

Eine Rede des Reichstanzlers im Reichstag.

Handeln und nicht verhandeln!

as, Berlin, 23. Nov. (Drahtmeldung unserer Berliner Abteilung.) Vor dem Reichstagsgebäude hatten sich gestern zahlreiche Neugierige eingefunden, die anscheinend auf irgend einen Zwischenfall, auf einen Sturm Remmeles gegen das ihm verbotene Haus warteten. Aber nichts dergleichen geschah. Herr Remmelle machte wohl den Versuch, in das ihm verbotene Paradies einzudringen. Aber die Beamten des Reichstags, die gestern eine sehr scharfe Kontrolle ausübten, erkannten den kommunistischen Radaufwiegler rechtzeitig und wehrten ihm den Eintritt. Auch die Sitzung selbst, die mit überfüllten Tribünen und sehr gut beleuchteten Abgeordnetenbänken das Bild eines großen Tages bot, verlief wider Erwarten ruhig. Zwischenrufe der Kommunisten gingen weder in der Zahl noch in der Geschmätslosigkeit über das nun einmal übliche Maß hinaus. Und dann stand wieder einmal Dr. Stresemann, des Reiches Kanzler, auf der Rednertribüne und wieder wachte dieser hervorragende Redner seine Zuhörerschaft in Bann zu schlagen. Gewiß war es nicht überraschend Neues, was der Kanzler den Vertretern des deutschen Volkes über die Außen- und Innenpolitik des Reiches berichtete. Die Rede war mehr auf Abwehr als auf Angriff abgestimmt. Hier und da klang sogar etwas wie eine müde Resignation mit. Als der Kanzler dann nach etwa 2 1/2 Stunden endete, setzte ein außerordentlich starker Beifall ein.

Einen oratorischen Erfolg

hat also Dr. Stresemann errungen, der politische aber dürfte ihm verlagst bleiben. Kenner des Bodens, auf dem der Kanzler kämpfte, sprachen schon vor Beginn der Rede von einem Schwanengesang. War es nun wirklich, um ein gestern viel kolportiertes Scherzwort zu gebrauchen, Stresemanns „Abschiedsrede“? In der Tat dürfte auch diese glänzende Rede nicht das Schicksal des dritten Kabinetts Stresemann mehr wenden.

Der „Vorwärts“, der ja den Kanzler erbittert bekämpft hat, gesteht wohl zu, daß die Rede in einzelnen Partien glücklich war, „als Ganzes aber, namentlich in bezug auf ihren sachlichen Inhalt, nicht befriedigend konnte“. Die Sozialdemokraten haben denn auch noch gestern Abend die Einbringung eines begründeten

Mittrauensvotums

beflossen und damit scheint das Schicksal des Kabinetts besiegelt. Nun gibt es ja Parteilärmetiker, die die Ablehnung aller drei Mittrauensanträge herausrechnen, aber man wird es schließlich dem Kabinett nicht verdenken können, wenn es nicht nur dank abgelehnter Mittrauensvoten sein Leben fristen will. Wer aber mocht für ein Vertrauensvotum eine Mehrheit zu errechnen? Wieder taucht dann die Frage auf:

Was nun?

Und wieder beginnen nun die Kombinationen: Vom Beamtenkabinett über ein Kabinett der bürgerlichen Mitte unter anderer Leitung, vielleicht mit Dr. Stresemann als Außenminister, bis zu einem Kabinett des Bürgerblocks unter deutschnationaler Führung. Ja, sogar ein viertes Kabinett Stresemann tauchte vorübergehend in diesen Kombinationen auf, während der Gedanke an eine Reichstagsauflösung kaum noch erwähnt wird. Besonders tüchtige Reporter wußten sogar gestern Abend schon Namen für das kommende Kabinett zu nennen. Alles das sind zunächst nichts weiter, als müßige Kombinationen, mit denen man sich aber, wie wir fürchten, noch einige Tage wird beschäftigen müssen, wenn wieder das edle Spiel der Fraktionsberatungen hinter verschlossenen Türen, der Aushandel um ein Ministerpostenfleisch, beginnt.

Der Reichsfinanzminister, der gestern nach dem Kanzler sprach, hat über den

ungeheuren Ernst der Lage Deutschlands

keinen Zweifel gelassen. Wir können wirklich nicht wieder kostbare Zeit mit Krisen und mit Verhandlungen verlieren, darüber muß man sich in allen Parteien klar sein. Es heißt jetzt handeln und nicht verhandeln!

Sitzungsbericht.

Berlin, 22. Nov. Der Reichstag war heute durch ein hartes Frostwetter gestört. Mehrere Portale waren geschlossen und an den offenen wurde eine strenge Kartenkontrolle ausgeübt. Der in der letzten Sitzung ausgeschlossene kommunistische Abgeordnete Remmelle verließ zwar das Gebäude zu betreten. Er folgte sich aber, als am der Eintritt verweigert wurde.

Um 1.30 Uhr eröffnete Präsident Loh die Sitzung mit der Mitteilung, daß der Abgeordnete Remmelle für

die Dauer von 20 Sitzungstagen aus den Ausschüssen ausgeschlossen sei. Der Präsident teilte weiter mit, daß er von den schärfsten Bestimmungen der Geschäftsordnung Gebrauch machen werde gegen solche Abgeordnete, die durch Schreien, fortgesetzte Unterbrechungen oder Gewalttätigkeiten die Amtshandlungen des Präsidenten stören oder die Redner hindern sich verständlich zu machen. (Rufe der Kommunisten: Keiner ist übertrumpft!)

Als in Fortsetzung der politischen Aussprache

Reichstanzler Dr. Stresemann

das Wort ergriff, riefen die Kommunisten: „Der Reichstanzler! Der Separatistenkanzler!“ Der Reichstanzler wies zu Beginn seiner Rede die Meinung zurück, als ob die Regierung die Absicht gehabt hätte, sich der Vertrauensfrage vor dem Parlament zu entziehen. Die Regierung wüßte im Gegenteil, möglichst bald diese Entscheidung herbeizuführen. Der Reichstanzler fuhr dann fort:

keine Hoffnung.

die trostlose Lage unseres Volkes zu bessern. Wenn uns aber von den Deutschnationalen vorgeworfen wird, daß wir Verhandlungen mit Frankreich verweigern, so ist zu erwidern, daß Rhein und Ruhr uns viel zu wertvoll sind, als daß wir nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten hätten erschöpfen müssen. Der Versuch, die Sachwerte zu Reparationen heranzuziehen, ist gescheitert. Vielleicht läßt sich dieser Verlust mit Hilfe der internationalen Sachverständigenkommission nochmals wiederholen. Die Erhöhung der Kaufkraft des deutschen Volkes ist nicht eine deutsche Sorge allein, sondern eine Angelegenheit der Aufrechterhaltung normaler Beziehungen der Weltwirtschaft. Wir haben der Welt das deutsche Geld nie verweigert. Wir haben sogar die karitative Hilfe des Auslandes anrufen müssen, und wir sprechen den Helfern den wärmsten Dank aus, vor allem den Deutsch-Amerikanern und den Brüdern aus Österreich. Es gilt heute, die Grundidee festzuhalten für eine ganze Zukunft, auf die wir alle unsere Kraft richten werden. Wir können die Mittel für die Erwerbslosenfürsorge nicht länger aufbringen. Die Politik in einem so gestellten Lande wie Deutschland ist abhängig von der Wirtschaft und der Ernährung. Der Vorstand der Rentenbank hat keine Wünsche der Regierung ebenso vorgetragen wie auch andere Wirtschaftsgruppen. Ich bin in allen Punkten mit ihm einverstanden gewesen. Der Meinung bin ich allerdings, daß eine Gesundung der Wirtschaft ohne baldige Lösung der Arbeitslosenfrage unmöglich ist. (Zurufe der Kommunisten: Es ist eine quarantäneartige wirtschaftliche Anbahnung, das eine Verlängerung der Arbeitslosigkeit die Arbeitslosigkeit vermehrt.) (Abg. Ledebour: Was Sie sagen, ist höchstens Quatsch!) Wir wollen keine Fortsetzung der Rheinlande. Die Politik, die zu meiner größten Enttäuschung im „Vorwärts“ als Förderung der separatistischen Bestrebungen ausgelegt worden ist, hat die volle Unterstützung des preussischen Staatsministeriums unter Führung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun gefunden. In dem Augenblick, in dem die durchaus im Sinne unserer Institutionen erfolgten Verhandlungen im Rheinland einen Abschluß finden, der der wieder Arbeitsmöglichkeiten schafft, in dem Augenblick wird auch wieder eine völlig gleiche Behandlung der Erwerbslosen im Reich eintreten. Im besetzten Gebiet muß

mehr gearbeitet

werden als bisher, sonst lohnt die Produktion die Kosten nicht. (Große Unruhe bei den Kommunisten. Rufe: „Stilles!“) Was geht mich denn Stilles an? Er ist nicht der Parteiführer, sondern ich. Wenn wir von den Verhandlungen im Rheinland ausgeschlossen sind, so ist es besser, wenn diese Verhandlungen dort geführt werden durch ein Gremium, in dem alle Wirtschaftsgruppen und Parteien vertreten sind. In welcher Form die Dinge im Rheinland schließlich geregelt werden, ist noch nicht abgeschlossen, und darauf kann ich heute noch nicht eingehen. Wir müssen aber auch an die Länder den Appell richten, ihre Kräftequellen den großen Aufgaben zur Verfügung zu stellen. Der Wunsch nach Erhebung des militärischen Ausnahmezustandes durch den zivilen kann erst dann erfüllt werden, wenn Ruhe und Ordnung im ganzen Reich eingetreten sind. Bisher konnte nur eine partielle Aufhebung in Frage kommen nicht eine allgemeine.

Die Ereignisse vom 8. und 9. November in Mähara

müssen aber der Regierung eine Warnung sein, die Dinge nicht so weit gehen zu lassen, daß die Regierung in Abhängigkeit gerät von unverantwortlichen Organisationen. Für unsere Haltung Bayern gegenüber nehme ich die volle Verantwortlichkeit auf mich. Wir mußten die verfassungsmäßige Landesregierung rufen, ob sie uns politisch freundlich gegenüberstand oder nicht. Im besetzten Rheinland hat die Bevölkerung es als besonders schwer empfunden, daß gerade in diesem Augenblick durch den Ruf in Würden der Gedanke eines einigen Deutschlands laut ausgesprochen wurde. (Abg. Ledebour ruft: „Sie sind der Hauptschuldige!“ — Abg. Dörflein: „Und in diesem Augenblick lassen Sie den Kronprinzen zurück!“) Dafür übernehme ich die volle Verantwortung. Es handelt sich um eine Frage der Menschlichkeit. (Abg. Thomas (Komm.) wird dreimal wegen fortgesetzter Zwischenrufe zur Ordnung gerufen und vom Präsidenten Loh auf die Folgen weiterer Störungen hingewiesen.) Ohne die Beschlüsse der Reichsregierung am Abend des 9. November wären vielleicht die Vorgänge nicht auf München beschränkt geblieben. (Zuruf links: Das ist offensichtlich!) Die bereitwilligste Reichswehr war übrigens keine Oberflächlichkeit. Das Instrument der Reichswehr zerbricht aber, wenn die Autorität der Befehlsgewalt sich nicht durchsetzen kann oder wenn die Reichswehr zu politischen Zwecken mißbraucht wird. Bei den bevorstehenden Verhandlungen zwischen Bayern und dem Reich wird die Grundlage für die Reichsregierung die Rückkehr zu verfassungsmäßigen

Zuständen bilden in Bezug auf die Reichswehr und die unbedingte Unterstellung der Reichswehr unter die Befehlsgewalt des Reiches. Innerhalb der Reichsregierung haben Verhandlungen darüber stattgefunden, inwieweit Änderungen der bisherigen Verfassung

gegenüber den Ländern — denn das ist nicht nur eine bayerische Frage — möglich sind. (Unruhe links.) Auch Bismarck hat es gesagt: Bei einer Verfassung zwischen verfeindeten deutschen Stämmen mußte man sich auf das Gemeinsame beschränken, das unbedingt gemeinsam sein mußte.

Unter großer Unruhe der Kommunisten verteidigte dann der Reichstanzler die Reichsexekutive gegen Sachsen und Thüringen. Es sei notwendig gewesen, den dort vorgekommenen Terrorakten mit diesem Mittel zu begegnen.

Der Reichstanzler betonte die Notwendigkeit der ausländischen Finanzhilfe und erklärte: Bisher ist nur ein Angebot von ausländischen Finanzleuten beim Vorstehen des Reichsgrundbesitzverbandes eingegangen für einen Währungsfond von einer Goldmilliarde. Es ist nicht meine Schuld, daß dieses Angebot die Reichsregierung nicht gewährt. (Lärm links.)

Nach einem ehrenvollen Nachruf für den verstorbenen Reichsbankpräsidenten Davenstein fuhr der Kanzler fort: Wir sind erst jetzt eigentlich in

die Liquidation des verlorenen Friedens und Krieges

eingetreten. (Zustimmung.) Deutschland erliegt dem Druck seiner Gegner. Unsere einzige Waffe ist die Solidarität des deutschen Volkes. Es darf keine Scheidung künstlich zwischen sogenannten rationalen und nicht rationalen Parteien gemacht werden. Jetzt geht es nicht um Reaktion oder Revolution sondern um Evolution und Zusammenfassung. Radikalismus kann auch im Innern nicht dauernd getrieben werden. In der Lage offen, daß ich den Zusammenbruch der großen Koalition bedauere. Darin stimme ich überein mit Herrn v. Kahr, der ja auch kein Bedauern ausgesprochen hat darüber, daß er bei der Bildung seiner früheren Regierung nicht die Beteiligung der Sozialdemokraten fand. Der Parlamentarismus leidet gewiß unter den Widerpartheien eines neuen Systems. Aber wenn nach dem Verfall des Abgeordneten Rates an die Stelle der Parteien die Wirtschaftsverbände treten, dann würde der reine Materialismus Herr werden und nicht die Interessen des Volkes, sondern der einzelnen Interessengruppen maßgebend sein. Zu der Kritik, die Herr Dertig der neuen Regierung (Weiterkeit), an der aber ausgeübt hat, kann ich nur sagen, daß ich das Programm dieser neuen Regierung noch immer verfolge. Das neue Kabinett des Vertrauens ist ja noch immer nicht da. Wir müßten die schnelle Entscheidung der Vertrauensfrage. Schließlich entscheidet das Gewissen. Wir haben die Überzeugung, daß wir gewissenhaft unsere Pflicht getan haben. (Vehementer Beifall in der Mitte; Handklatschen auf den Tribünen.)

Nach Beendigung der Kanzlerrede war von der deutschnationalen Fraktion folgender

Mittrauensantrag

eingegangen:

Der Reichstag entzieht der Reichsregierung das Vertrauen, dessen sie nach Artikel 54 der Reichsverfassung bedarf.

Reichsfinanzminister Dr. Luther

schloßte dann, während die meisten Abgeordneten den Saal verließen, die ungetrübte Finanznot des Reiches, die zur äußersten Sparbarkeit zwinge. Die Stilllegung der Rentenpresse sei nicht aus freiem Willen, sondern unter dem Druck der Tatsachen geschehen, da die Mark ihren letzten Lebenshauch hergegeben habe. Wenn es nicht gelänge, die Ausgaben herabzusetzen und die Einnahmen zu erhöhen, dann gebe es für das deutsche Volk keine Möglichkeit mehr. Die Rentenmark könne nicht ausgemietet werden, denn dann müßte sie auch der Inflation verfallen. Wir werden genötigt sein.

eine neue energische Steuerpolitik

auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung durchzuführen. Diese Steuerforderung wird in keiner Weise niedriger sein als die meines Amtsvorgängers Hülfsbina. Selbst diese Steuer wird zur Deckung der Reichsausgaben nicht ausreichen. Wir werden bis 30. September 1924 zu einer ökonomischen Herausforderung der Nation kommen. Nachdem jetzt Anzeichen einer fortschreitenden Stabilisierung unserer Geldmark vorhanden sind werden wir mit äußerster Energie gegen die Überbreitung der Geldmarkpreise vorgehen. Das deutsche Volk braucht jetzt den Willen zur Arbeit und zur Armut. (Beifall bei der D. Vot.)

Abg. Marx (Ztr.) verlas hierauf eine Erklärung der Zentrumsfraktion, in der mitgeteilt wird, daß das Reich in diesem Augenblick der schwersten Bedrohung durch innerpolitischen Hader verfallen ist. Aus vaterländischen Gründen wird sich das Zentrum hinter die Regierung Stresemanns stellen. Trotz vieler Bedenken inner- und außerpolitischer Art wird das Zentrum durch die Haltung des Reichstanzlers billigen. Es billigt auch das Vorgehen gegen Sachsen und Thüringen und erwartet, daß das Verhältnis zwischen Bayern und dem Reich in verfassungsmäßige Bahnen geleitet wird. Die Erklärung schloß mit der Versicherung unerschütterlicher Treue des Reiches zur Verfassung im besetzten Rhein- und Ruhrgebiet. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Scholz (D. Vot.): Die Vorgänge der letzten Tage haben das Ansehen des Parlaments nicht gesteigert. Für meine Fraktion erkläre ich, daß sie die Erklärung der Reichsregierung über die besetzten Gebiete vollstänig billigt. Bayern ist nach unserer Überzeugung überhaupt durchaus rechtmäßig. Der Wiederherstellung der Ordnung in Sachsen und Thüringen konnte sich die Regierung nicht entschließen. Sie hat mit bemerkenswerter Energie gehandelt. Eine vorzeitige Aufhebung des Ausnahmezustandes steht nicht in Frage. Wir begrüßen die in Angriff genommene Währungsreform. Vielen Beifall wird keine Regierung finden. Die Deutsche Volkspartei will, daß das jetzige Kabinett mit Energie keine Aufgaben erledigt. In den hoffnungsvollen Verhandlungen mit ausländischen Kreditgebern darf das Kabinett nicht gestört werden. Die Deutsche Volks-

partei wird sich jedem Versuch, die gegenwärtige Regierung zu befehligen, aufs entschiedenste widersetzen.

Abg. Gräfe (D. V.) bezeichnet das Kabinett Stresemann als bereits erledigt. Das Parlament sei in der Auflösung begriffen. Jetzt regierten nur noch die Finanzkreise. Herr v. Gräfe verbreitete sich des Weiteren über die Währungsfrage und sagte, der Reichskanzler treibe sich, wenn er die Nationalsozialisten für rechtsradikal halte, v. Kahr habe erklärt, er sei an sich für die Wiederherstellung des Bismarckischen föderalistischen Staates unter Preußens Führung. Wenn Preußen durch die Trennung des Rheinlandes oder irgend eines anderen Gebietes auseinanderfallen sollte, dann wolle Bismarck die Führung übernehmen. v. Kahr wolle also unter ultramontanem Einfluß ein römisches Reich deutscher Nation unter der Wittelsbacher Kaiserkrone. Herr Gräfe (links.) Der Redner schloß, dieser Reichstag muß endlich dahin geleitet werden, wozu er gehört.

Der thüringische Ministerpräsident Frölich bestritt in einer langen Rede, daß die Verhältnisse in Thüringen den Ausnahmezustand rechtfertigen und erhob die heftigsten Angriffe gegen die Reichswehr. Er bat dringend, den militärischen Ausnahmezustand recht bald aufzuheben oder, wenn dies nicht geht, in einen zivilen überzuführen.

Abg. Ledebour (U. S.) beantragte zur Geschäftsordnung, der Reichskanzler möge aufgefordert werden, jetzt diejenigen Tatsachen vorzutragen, aus denen der Beweis hervorgehe, daß kein Staatsstreich in Sachsen gerechtfertigt ist.

Reichswehrminister Dr. Gehrke:

Ich werde erst morgen auf die Fragen des Ministerpräsidenten Frölich antworten, da der thüringische Generalstab leider kein Material mitgebracht hat. (Hört! Hört! rechts.) Ich brauche diese Gelegenheit, um scharfsten Protest zu erheben gegen die hochverräterische Äußerung des Abgeordneten Gräfe, indem er erklärte, keine Partei wisse mehr, daß die Reichswehr nicht die Aufgabe habe, nur mit Hilfe der Reichswehr machen könne. Der Abgeordnete habe nicht das Recht zu der Annahme, daß die Reichswehr bereit sei, ihren beschworenen Eid zu brechen. (Gelächter und Rufe: „Lolow, Lolow!“) Im Falle Lolow haben die militärischen Stellen nichts unterlassen. Von Lolow ist entfallen worden. Alles andere liegt auf politischem Gebiet und dafür ist nicht der Reichswehrminister verantwortlich, sondern der Reichskanzler. Wenn der Abgeordnete v. Gräfe seine Absicht durchführen könnte, dann würde zu dem Tag der Schmach von München noch ein Tag größerer deutscher Schmach kommen, aus der sich unser Vaterland nie wieder erheben würde. (Beifall in der Mitte.)

Der sächsische Ministerpräsident Felsch brachte hierauf zahlreiche Beschwerden vor über grundlose Verhaftungen, Mißhandlungen und Auspeitschungen sächsischer Bürger, Ruhestörungen und Arbeitsverhinderungen durch Reichswehrangehörige. Die Bevölkerung Sachsens sei durch die Maßnahmen der Reichsregierung der Rechte beraubt, die nicht nur in der Reichsverfassung verankert, sondern die auch in einem demokratischen Staatswesen selbstverständlich sein müssen. Am Dienstag hat der Reichswehrminister alle sozialdemokratischen und demokratischen Beamten des Polizeipräsidiums Dresden entlassen mit der Begründung, daß das Präsidium überparteilich organisiert werden müsse. Das sind Eingriffe in die Freiheit der Landesregierung, die rechtswidrig und unerträglich sind. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir haben dem Reichswehrminister und Reichspräsidenten unsere Beschwerden vorgebracht; wir können aber nicht wochenlang warten, bis endlich der sächsische Bevölkerung ihre Rechte wieder gegeben werden. (Lebhafte Beifall links.)

In den Ausführungen des Abg. Ledebour, der Reichskanzler möge kein Vorzeichen gegen Sachsen setzen, erklärte der Abg. Dietmann (Soz.), er halte diesen Antrag für überflüssig. Der Reichskanzler habe mit seinen Bemerkungen über Sachsen schon gezeigt, daß die Gründe für die Reichsregierung ganz unzureichend seien. Die Sozialdemokraten würden ihre Haltung danach einrichten.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Ledebour erklärte Ministerpräsident Felsch, der Reichstag könne den Reichskanzler nicht zu einer Rede zwingen, die einen Inhalt habe. (Große Beifall.)

Abg. Grünhagen (D. Vot.) wandte sich gegen die Darlegungen des Ministerpräsidenten Felsch. Die gesamte Bürgerchaft und weite Kreise der Sozialdemokraten hätten es begrüßt, daß die Reichsregierung gegen das Ministerium Beuger eingeschritten sei. Ein einflussreiches Mitglied der Sozialdemokratie habe das Vorgehen der Reichsregierung anerkannt und es anders dargelegt als der Ministerpräsident. Felsch habe sich von Solmann Material geben lassen, das von Terror Zeugnis ablege. (Großer Lärm links.) Felsch sei Arbeitergeber geworden, unredliche Lohnforderungen anzunehmen. Unter Beuger sei es dahin gekommen, daß die Behörden seinen Schutz mehr gegen Vergewaltigung erhalten hätten. (Unruhe und Lärm links.)

Nach weiterer Debatte, an der sich die Abg. Leutgauer und Hennig beteiligten, wurde die sächsische Erklärung abgebrochen.

Nächste Sitzung Freitag, 11 Uhr: Fortsetzung der Beratung; keine Anträge. — Schluß gegen 9 Uhr.

Wahrscheinliche Ablehnung eines Vertrauensantrags.

Berlin, 23. Nov. Wie man annimmt, werden die Deutschnationalen für das motivierte sozialdemokratische Mißtrauensvotum nicht stimmen, während andererseits auch die Sozialdemokraten für das allgemein gehaltene deutschnationale Mißtrauensvotum nicht ihre Zustimmung geben würden. Infolgedessen würden die beiden Mißtrauensanträge mit verschiedener Mehrheit abgelehnt werden und das Kabinett Stresemann wird auf diese Weise formell nicht zum Rücktritt gezwungen. Da jedoch der Reichskanzler sich mit der Ablehnung der Mißtrauensvoten nicht begnügen wird, dürften wahrscheinlich noch in der Nacht die Mittelparteien einen Vertrauensantrag für das Kabinett Stresemann formulieren und nach der Geschäftsordnung müßte dieser Vertrauensantrag als der weitestgehende zuerst zur Abstimmung gelangen. Für ihn dürften lediglich die Mittelparteien stimmen, gegen ihn die gesamten Oppositionsparteien. Der Vertrauensantrag würde bei diesem Stimmenverhältnis der Ablehnung verfallen.

Mehrere Blätter führen bereits Kombinationen für die Bildung des neuen Kabinetts an und nennen auch einige Namen.

Zur Verhaftung Dr. Zeigners.

Freuden, 22. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Zur Verhaftung Dr. Zeigners in der Nacht zum Sonntag erfährt der „B. L.“ noch folgendes: Der Justizminister die Angelegenheit übergeben hatte, ausgestellt, vermutlich wegen Veruntreuungsgeld, die zweifelhafte Bestände hat. Nach Meldungen von zuverlässiger Seite soll Zeigner verhaftet haben, noch vor kurzem in Paris auf die dort anstehenden Zeugen einzuwirken. Sie möchten nichts Ungünstiges gegen ihn auslegen. Bei seiner Verhaftung wies Dr. Zeigner, der angeblich geistig und körperlich völlig zusammengebrochen ist, darauf hin, daß er krank sei.

Rentenmarkt und Rentenbank.

Berlin, 22. Nov. Seit dem 15. November 1923. an dem mit der Ausgabe der Rentenmark begonnen wurde, sind bis zum 22. November 300 Millionen Rentenmarkscheine von den Druckereien abgeliefert und soweit wie möglich in den Verkehr gebracht worden. Die Ausgabe ist so erfolgt, daß spekulativer Handel vermieden werden konnte. Die Bestände sind vorzugsweise den Stellen zur Verfügung gestellt worden, die sie unmittelbar zur Bezahlung der Rente und zur Herausgabe von Lebensmitteln in die Städte sowie für Gehalts- und Lohnzahlungen gebrauchen. Von der Ausgabe von Rentenmark im besetzten Gebiet war unter den vorliegenden politischen Verhältnissen abzusehen. Der fortschreitende Druck der Rentenmarkscheine wird die Möglichkeit geben, in den nächsten Tagen rascher mit der Ausgabe der Rentenmark vorzugehen.

Berlin, 23. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Der Präsident der Rentenbank, der frühere Finanzminister Dr. Lenke, und das Mitglied des Verwaltungsrates Hilgers-Spiegelberg, der Vorsitzende des Reichslandbundes, äußerten sich gestern vor Vertretern der Presse über die Rentenbank und die Reichsfinanzen, wobei sie betonten, daß die Bank ihren Geldgebern, der deutschen Wirtschaft, Rechenhaft schuldig sei für die dem Reich gewährten Kredite. Deshalb verlange die Bank einen in Gold aufzustellenden Etat des Reiches und dessen Bilanzierung, ferner Beamtenabbau, Erwerbslosenfürsorge in produktiver Form und weniger, aber einträglichere Steuern. Forderungen, die bereits dem Reichskanzler und dem Verwaltungsrat der Bank unterbreitet worden sind. Bis zum 21. November seien etwa 340 Millionen Rentenmark zur Verfügung gestellt worden, ein Betrag, der in Gold umgerechnet, den derzeitigen Papiergeldumlauf übersteige. Täglich würden weitere 40 Millionen Rentenmark fertig. Auch solle bekanntlich auf den Kopf der Bevölkerung eine Rentenmark in Rentenpfennigen kommen. Bis Mitte Dezember hoffe man, den ganzen Bedarf an Rentenmark befriedigen zu können.

Die Währungsfrage.

Berlin, 23. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Der Hauptausdruck des Deutschen Industrie- und Handelstages beschäftigte sich der „Börsenzeitung“ zufolge, gestern mit der Währungsfrage. Geheimrat Dr. Fritsch von der Dresdener Bank setzte sich in längeren Ausführungen für die Schaffung einer Goldwährung ein, für deren Errichtung allerdings ausländische Kredite notwendig seien. Im Anschluß daran schilderte Reichswährungskommissar Dr. Schaft die zu einer Währungsreform führenden Wege, vor allem müsse die jetzt geschaffene Rentenmark gelöst werden. Sie müsse aber sobald als möglich durch eine Goldwährung abgelöst werden.

Verbotene Parteien.

Berlin, 23. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Der Chef der Feuerleitung, General v. Seede, hat die Deutschvölkische Partei, die Kommunistische Partei Deutschlands und die Nationalsozialistische Partei für das ganze Reich verboten.

Plünderungen in Köln.

Köln, 23. Nov. Im Laufe des heutigen Tages wurden an verschiedenen Stellen der Stadt, in Köln, Rippes und Eickel, nicht geschätzte Verklammerungen von Erwerbslosen durch die Polizei aufgeklärt. In Rippes mußte die Polizei hierbei von der Plebeische Gebrauch machen. Nachmittags wurden an einigen Stellen, so in Ehrenfeld, Lager von Lebensmittel von einer großen Menschenmenge bedroht. In der Wälderstraße wurde ein Lager mit Lebensmittel gestrichelt und auseinandergerissen. Es gelang der Polizei, zunächst 12 und später weitere 6 Personen wegen Teilnahme an Plünderungen festzunehmen. In der Peterstraße und auf dem Erkergraben wurden bei einigen Wegen die Schellen eingeklinken. In letzter Straße wurde auch ein Schutzgeheiß geöffnet. Auf dem Holzer Platz wurden 30 Schweine geküht. Hier sind die Plünderer entkommen. Eine von der Teutoburgerstraße nach dem Bahnhof gehende Menge von 4 bis 5000 Personen wurde von der Polizei gestoppt. Als am Elberplatz ein Polizeikommissar und zwei Beamte der Demonstranten entgegenkamen, wurden sie von der Menge niedergedrückt und entworfen. Als weitere Polizei eintrifft, flüchtete die Menge. Im ganzen wurden bis jetzt 46 Personen wegen Teilnahme an Plünderungen verhaftet.

Neue Unruhen in Essen.

Essen, 22. Nov. Heute kam es in Essen ebenfalls zu Unruhen. Die Kommunisten hatten für heute nachmittag auf dem Republik-Platz zu Kundgebungen aufgerufen. Von etwa 2000 anwesenden Jäger wurden von der Polizei zurückgedrängt und aufgeklärt. Dabei kam es besonders in Reithausen und Eickel zu Ausschreitungen. In Reithausen wurde die dortige Polizeiwache von der bewaffneten Menge angegriffen. Ein Polizeibeamter wurde getötet. Im Laufe des letzten Nachmittags kam es in Essen, wiederum zu Zusammenstößen, bei denen die Polizei von der Schusswaffe Gebrauch machen mußte. Französische Patrouillen mit Panzerwagen fanden zur Sicherheit bereit. Bei einer Schießerei wurden auf Seiten der Polizei ein Beamter getötet und einer durch einen Lungenschuß schwer verwundet. Somit blüht bekannt, hatten die Demonstranten 15 Verwundete. Die Zahl der Toten steht noch nicht fest.

Die deutschen Delegierten vor der Reparationskommission.

Paris, 22. Nov. Über die morgige Sitzung der Reparationskommission, in der um 10.15 Uhr die deutschen Delegierten die angelegten Erklärungen über die deutsche Finanz- und Währungsfrage abgeben werden, meldet Havas, der Führer der deutschen Delegation, Fischer, werde wahrscheinlich als erster sprechen und in allgemeinen Ausführungen die deutsche Finanzlage darlegen. Eine einstige Sitzung wird wahrscheinlich für die Verhandlungen mit den Deutschen nicht ausreichen.

Poincaré vor der Kammer.

Paris, 23. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Die heutige Kammer Sitzung wird in Pariser politischen Kreisen mit großer Spannung erwartet. Poincaré wird eine ausführliche Rede über den Stand der äußeren Politik halten. Er wird vor allen Dingen den Vorwürfen begegnen, daß Frankreich isoliert dastehe und damit in seiner heutigen Kammerrede die Interpellation, die vom Senat aus an ihn gerichtet worden ist, beantworten. Der französische Ministerpräsident wird ferner die Verhältnisse und Bedingungen darlegen, unter denen der Beisatz der Vorkriegsrente aufhören muß. Er wird vor allen Dingen auch die französischen Reserven bekräftigen bezüglich der Sicherheit Frankreichs.

Das Ergebnis der Vorkriegsrente.

Paris, 22. Nov. In einer von Havas ausgegebenen offiziellen Mitteilung über das gestrige Ergebnis der Vorkriegsrente heißt es: Entgegen gewissen Londoner Nachrichten würden die Vorkriegsrente der Interalliierten Kontrollkommission in keiner Weise eingeschränkt. Die noch heute vor der Vorkriegsrente General Kollat zugehenden Instruktionen hielten den bisherigen Zustand aufrecht. Die Kommission werde den Zeitpunkt für die Wiederaufnahme ihrer Arbeiten wählen. Sie werde über ihr Vorgehen in voller Unabhängigkeit entscheiden, und ihre Beschlüsse würden weiter auf Grund von Stimmenmehrheit oder einstimmig gefaßt, je nach der Lage des Falles und vorbehaltlich der Inanspruchnahme der Vorkriegsrente, falls sich Gegenstände herausstellten. Aber es müsse mit Befriedigung unterstrichen werden, daß in der gesamten Militärkontrollkommission, ob sie in Berlin, im Rheinland oder in Versailles ihren Sitz habe, vollkommene Harmonie bestehe. Es sei zu wünschen, daß die Verständigung der Alliierten die Deutschen zum Nachdenken veranlasse, und es sei wohl wahrscheinlich, daß diese Verständigung sie dazu bestimmen werde, dieser die Aufnahme der Kontrolle zu erleichtern. Im gegenseitigen Falle hätte man sich aufs neue über die anzuwendenden Sanktionen zu verständigen. Französischerseits hätte man ursprünglich vorgezogen, diese Sanktionen für alle Fälle vorzubestimmen. Aber die französische Regierung habe dann, um eine Verständigung zu erleichtern, auf diese ergänzende Garantie verzichtet. Dagegen habe die französische Delegation dreimal im Laufe der Verhandlungen und erst gestern noch daran erinnert, daß Frankreich, falls seine Sicherheit bedroht würde, bezw. durch einen bayerischen Putsch gegen die Pfalz, sich vorbehalte, die durch seinen Anspruch auf legitime Verteidigung gebotenen Maßnahmen, und zwar wenn nötig allein zu treffen. Dies sei übrigens eine der grundlegenden Prärogativen der nationalen Souveränität der Staaten und niemand habe natürlich auch nur daran gedacht, dies zu bestreiten.

In dieser Beziehung stelle die Befehung des linken Rheinufers eine solide Grundlage dar. Seine Räumung in Etappen von 5 zu 5 Jahren könne aufgeschoben werden, wenn nicht sämtliche Bedingungen des Friedensvertrages tatsächlich innegehalten seien, und Poincaré werde wie seine Vorgänger demnächst im Parlament erklären, daß nach französischer Auffassung die Räumungsfristen zurzeit nicht laufen.

Paris, 22. Nov. Nach dem „Petit Parisien“ zeigte sich nach Beendigung der Vorkriegsrente in den diplomatischen französischen Kreisen Befriedigung. Es werde zwar alles von der Haltung Deutschlands abhängen, aber im Falle, daß das Reich nicht den gerechten Forderungen der Alliierten nachkomme, werde man sich aufs neue verständigen, um Zwangsmassnahmen zu ergreifen, die im Grunde genommen ja doch nur aufgedrückt seien. Die Kompromißformel, zu der man schließlich gekommen sei, gebe Frankreich das Recht, isoliert einzugreifen, wenn keine Sicherheit bedroht sei. Die Rechte der Kommission Kollat — so erklärte man höheren Orts — blieben intakt und ihre Tätigkeit müsse unverzüglich aufgenommen werden. Aber man müsse sich hüten, sich zu große Illusionen über die Kontrolle zu machen. Es sei relativ leicht gewesen, die Beförderung des Kriegsmaterials zu überwachen; aber die Überwachung einer neuen Bewaffnung sei eine viel heftigere Angelegenheit. Die französische Regierung bestreite den Beweis, daß Deutschland Flugzeug, Kanonen und Munition außerhalb seines Gebietes, nämlich in Rußland, herstellte. Die wahrhafte Sicherheit Frankreichs liege in der Beförderung der Inhaber des Gebietes, die man nicht aufheben könne, bevor nicht Deutschland alle seine Vertragsverpflichtungen erfüllt habe.

Der „Matin“ schreibt, die höchsten militärischen Autoritäten seien der Ansicht, daß die Kontrolle einer wirksamen militärischen Kontrolle in Deutschland jetzt vorüber sei. Angesichts der unruhigen Zustände, die in Deutschland herrschen und der tatsächlichen Schwierigkeiten, mit denen die Kommission rechnen müsse, seien die Recherchen der Offiziere der Kontrollkommission fast illusorisch. Auf alle Fälle könne man niemals übersehen, was ja die Kontrolle allein fruchtbar machen könne. Wenn Deutschland aber bei seiner heillosen Wertlosigkeit des Aufrufes gegen die Verträge und bei der Vorbereitung der Reparation bleibe, sei es klar, daß Frankreich zu Defensivmaßnahmen greife, um die Gebiete zu organisieren, die es auf einer soliden Grundlage gegen mögliche Eingriffe bereit habe.

Der „Gaulois“ schreibt: Ist es nicht vorzuziehen, daß wir einen neuen Beweis guten Willens und der Solidarität abgeben haben dadurch, daß wir einer gemäßigten Formel zustimmen, die allem um Trost Deutschland noch beweise, daß es ihm noch nicht gelungen ist, die Alliierten endlich zu überzeugen und die uns für den gegenwärtigen Fall unsere volle Handlungsfreiheit laßt.

Die „Journée Industrielle“ schreibt, man werde Poincaré den Vorwurf machen, daß er zu weit zurückgewichen sei. Dieser Vorwurf wäre begründet, wenn man rein abstrakt die französisch-deutsche Frage für sich allein betrachte; aber der Friede und die Zukunft Europas wie die Sicherheit Frankreichs selbst hängen von komplizierten und ineinandergehenden internationalen Umständen ab, die alle mehr oder weniger eng miteinander verbunden seien. Poincaré habe auf daran getan, daß er die Entente im Prinzip gerettet habe. Er habe auf daran getan, denn wenn man auch das gestern unterschriebene Abkommen weder als befriedigend noch als unbefriedigend aufrichtig betrachten dürfe, so lasse es zum mindesten die Möglichkeit offen, ein anderes Abkommen in Vorbereitung zu nehmen.

Keine Antwort Deutschlands.

Berlin, 23. Nov. Das „B. L.“ erklärt nach Erkundigungen an unterrichteter Stelle, daß die Presse-nachricht, die Reichsregierung beabsichtige, auf die Note der Vorkriegsrente über die Wiederaufnahme der Militärkontrollkommission in Deutschland eine Antwort zu erteilen, worin in der Voraussicht der grundsätzlichen Bereitschaft zur Erfüllung der Kontrollparagrafen des Friedensvertrages nochmals auf die Gefahr möglicher Zwischenfälle hingewiesen werde, nicht den Tatsachen entspreche. In der Note der Vorkriegsrente ist eine Antwort der Reichsregierung gar nicht verlangt worden. Zu einer Antwort liege zurzeit um so weniger Veranlassung vor, als die Vorkriegsrente selbst noch eine weitere Mitteilung durch die Vorsitzenden der Kontrollkommission und des Luftfahrtgarantiefomitees in Aussicht gestellt hat.

K. P. Lichtspiele

Schwalbacher Str. 51.
Dir.: M. H. Reintjes.

Ab Freitag, den 23. November 1923:

„Närrische Frauen“

Zwei Teile

12 Akte

I. Teil: 23.—29. November 1923.

II. Teil: 30. November bis 6. Dezember 1923.

Das größte Gesellschaftsdrama der Gegenwart.
Original-Aufnahmen von Monte Carlo, dem Spielerparadies der mondänen Welt.

Hierzu:

Das lustige Beiprogramm.

Kassenöffnung 3 Uhr.
Anfang 3 1/2 Uhr.

Pan-Club

Heute abend, ab 8 Uhr:
Club-Abend
im „Wintergarten“.
— Gäste werden eingeführt. —
Getränke n. Bill.-ban. Die Clubleitung.

Schwalbacher Hof

Emser Straße 44.

(Statt Totensamstag und Totensonntag)

Heute Freitag,
ab 8 Uhr: **Ball!**

WILHELMA-KASINO

Wilhelmstraße, Ecke Sonnenberger Straße. Tel. 4397.

Freitag, 23. November
abends 8 1/2 Uhr:

Der große Gesellschafts-Abend

Darbietungen der Tanzkunst
in höchster Vollendung.

Künstler-Jazz-Band.

Frederik Volkmann

Rudi Ziegler

Stimmungs-Sänger.

Gesellschafts-Anzug.

Tischbestellungen frühzeitig erbitten.

Hansa-Hotel u. -Restaurant

Der Abschiedsabend

des

Herrn Victor v. Schend

findet Samstag bestimmt statt.

Faber's Weinstube

Bahnhofstraße 11.

Telephon 1423.

Samstag, den 24. und Sonntag, den 25. November:

Schlachtfest.

Nachmittags 10 Uhr: Weißfleisch. Abends ab 8 Uhr: Schlachtplatten.
Im Ausschank: 1922er Liebfraumilch.

Keine Gettnot!

Empfehle großen Posten
prima unausgelassenes holländisches

Ochsenfett

per Pfund 1200 Milliarden oder 2 Gros.

Wiesbadener Fleisch-Zentrale

Ecke Rhein- und Moritzstraße.

Union-Brickets

(markenfrei)

Engl. Anstoblen, Buchenscheitholz

Anzündholz

Liefert billiger als Lager oder frei Haus

Nagel, Rohlenhandlung

Inh. W. Kaufmann

Lager: Römerberg 12 u. Dohheimer Str. 77.

Telephon 1418.

Neue fertige

Herrn- und Jünglings-
Kragens und Paletots billig zu verkaufen.
Anzahlungen werden angenommen.

Blum, Luisenstraße 26, 1. Stb.

Motorrad

(Marke B. S. A.), 4 1/2 PS,
3-Gang-Getriebe, fast neu,
guter Bergsteiger, mit Tachometer u. Soziussitz,
verkauft M. Commichau, Schwalbacher Str. 44.

Knochen, Hörner, Hornabfälle

laufen laufend in jeden Mengen zu höchsten
Preisen und kulantesten Bedingungen

Rheinische Extraktionswerke Uggerhütte.

Fabrik Schierstein a. Rh. Tel.: Siebrich 47.

Unsere Kraft!

Direkter Verkauf vom Importeur an den Verbraucher.

Samstag, den 24. November 1923:

Eröffnung der neuen Filiale 1 Michelsberg 1.

Amerik. Weizenmehl 00 Pfd. 0,90 frcs.	Marseiller Seife . . . 500 gr 1,60 frcs.
Zucker (kristall.) . . . 1,30 „	Corned beef Hash . . 1 kg 2,70 „
Italienische Teigwaren . . 1,25 „	Schokolade . 1/2-Pfd.-Tafel 1,65 „

Kaffee, Cocose, Fischkonserven und verschiedene Waren

Oranienstraße 17, im Hof; Römerberg 37, im Hof und Blücherstraße 19.

Verkauf durch Leichtauto im ganzen Rheinland.

Bei einem Einkauf von mehr als 20 Franken gibt es eine
Freikarte auf den 1. Platz im „Rhenania“-Kino gratis!

Handkoffer,

Damentaschen, Brieftaschen, Zigarren-Etui,
Portemonnaies in größter Auswahl. 683
A. Leischert, Faulbrunnenstr. 10.

Wildfelle

Fuchs, Marder, Iltis usw. kauft
Pelzgerberei Horn, Schwalbacher Str. 38.

Spartischen mit Badolen
u. 1 m. Kinderpelz, vert.
Off. u. B. 602 Taubl.-Verlag.

Ein Paar neue vernid.
u. 1 Paar gehr. Schlitt-
schuhe ges. Puppenwagen
zu vertauschen. Offerten
u. B. 604 Taubl.-Verlag.

Ein Bettsof.
6 Stühle, 1 Tisch, 1 Sofa.
2 Sessel gegen neue Bett-
und Tafelwände zu tausch.
oder zu vert. Adresse im
Taubl.-Verlag. B.

THALIA

Auf vielfach. Wunsch
Wiederholung
des amerikanischen
Prunkfilms

Die Königin von Saba.

Kolossal-Gemälde
in 8 Akten.

Extra-Einlage:

Teddy u. sein Kameel.
Humoristischer
Marionettenfilm.

Anfang 3, 5 1/2, u. 8 Uhr.

KINEPHON-THEATER

Taunusstr. 1, am Kocher.

Programm v. 23.-29. 11.

Gelbstern

(Erlebnisse einer Kon-
fektionseuse.)

Sittenbild in 6 Akten.

In den Hauptrollen:

Uschi Elliot

Robert Scholz.

„Er“ als Hotelboy.

Harold Lloyd-Groteske

Erstkl. Orchester.

Anfang 4, Sonntag 3 Uhr.

Staats-Theater

Kleines Haus.

Samstag, 24. November.

Nachmittags 3 Uhr:

Sondervorstellung

Dorine und der Zufall.

Lustspiel mit Musik in drei Akten

von Fritz Grünbaum und

Wilhelm Stietz.

Musik von Jean Gilbert.

Nach dem 1. und 2. Akte je

12 Minuten Pause.

Ende nach 3.30 Uhr.

7. Vorstellung Stammtische 4.

Eine Nacht in Venedig.

Ein Lustspiel aus dem 17. Jhd.

von J. Jell und H. Gens.

Musik von Joh. Strauß.

Der Herrgotts-Knecht, 2. Folge

Delacour, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Barbarus, 2. Folge

Zur Aufklärung!

Im Einvernehmen mit dem Herrn Delegierten für den Stadtkreis Wiesbaden wird darauf hingewiesen, daß nur das Notgeld angenommen werden muß, welches ordnungsgemäß auf Grund der Ordonanzen der Hohen Interalliierten Rheinland-Kommission in Umlauf gebracht ist. Zu Unrecht ausgegebenes oder gefälschtes Notgeld braucht nicht angenommen zu werden. Eine Veröffentlichung der Scheine, für die eine Annahmepflicht nicht besteht, erfolgt sofort nach Abschluß der eingeleiteten Prüfung. Bis dahin darf aber Notgeld, über dessen Gültigkeit Zweifel nicht bestehen, nicht zurückgewiesen werden. F341

Wiesbaden, den 23. November 1923.

Der Magistrat. Die Handelskammer.
Die Vereinigung Wiesbadener Banken u. Bankiers.

Service Franco-Belge de Liquidation

für den Verkauf der auf den Geleisen des besetzten Gebietes zurückgebliebenen Waren.

(Wiesbaden, Wilhelmstr. 60, Sect. Post. 180.)

Verkauf von Waren.

Wir erinnern daran, daß der Service Franco-Belge de Liquidation mit dem Verkauf der auf dem Eisenbahnnetz des besetzten Gebietes liegegebliebenen Waren aller Art, die nicht von ihrem rechtmäßigen Besitzer reklamiert wurden, jetzt beginnt. (Lebensmittel, Weine, Stoffe, Holz, Eisenwaren, Plastersteine, Braunkohlen, Kies, Erze, Maschinen etc.)

Der Verkauf geschieht aus freier Hand oder durch öffentliche Versteigerung unter den durch das Cahier des Charges festgelegten Bedingungen. Ein Exemplar des letzteren wird auf Wunsch kostenfrei zugesandt.

Alle die Verkäufe betreffenden Fragen müssen an den Service Franco-Belge de Liquidation (Adr. oben) gerichtet werden. Das Büro für die Verkäufe ist jeden Tag (außer Samstag und Sonntag) von 9 bis 12 Uhr geöffnet.

Die Direktion.

Versteigerung von Sport-Autos u. Motorrädern.

Morgen Samstag, den 24. November 1923, vormittags 10 Uhr, versteigere ich im Auftrage in meinem Versteigerungslokale

26 Marktplatz 26

1 Sportauto, 6/18 PS., 2-Sitzer, mit Notkupplung neu lackiert,

1 englisches Motorrad, 2 1/2 PS., ohne Berggänger, mit 3 G. Schlingelgelenken,

1 englisches Hilfsmotorrad

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung.

Adolf Messer

Auktionator und Taxator

26 Marktplatz 26. — Telefon 4296.

G. L. Kayser
gegr. 1797

Speditions- u. Schiffahrts-Ges. m. b. H.

Karmeliterplatz 1 Mainz Tel. 34, 35, 36, 59
Frankfurt a. M., Offenbach, Würzburg, Aschaffenburg,
Regensburg, Passau, Ludwigshafen, Hamburg, Essen.

Güter-Transporte

auf dem Land-, Bahn- u. Wasserweg.
Günstige Transportversicherungen.

Beschleunigte Besorgung von

Zu- u. Ablaufsgenehmigungen

der Section Economique, sowie
Ein- u. Ausfuhrbewilligungen.

Vertretung in WIESBADEN:

Wilhelm Roos

7 Wagemannstr. 7.

Auskunft kostenlos.

Paletots, Schlupfer

von 16 Goldmark an.

Anzüge von 20 Goldmark an
sowie gestreifte und Arbeits-Hosen,
auch Teilzahlung.

A. Rohr, Webergasse 51.

„Lutetia“
Comptoir franco-rhénan
offert ab Lager
Wiesbaden, Ziefenring 2:
Prima Schweinefleisch (pure rôti) in Dosen à 3 kg netto per Dose 21 frs.
Paté Beaumont, pur porc, Schweinepaste . . . per Dose 1 „
Cocolina, das beste Pflanzenfett, per kg 6 „
ferner:
unter dem Namen **Achéose** bringen wir zum Verkauf die bestbekannte Pariser Tip-Butter. **Achéose** ersetzt Butter.
Composition: Butter, feines Öl und Milch.
Achéose kostet nur per kg 6 frs.

Ihre Vermählung beehren sich anzuzeigen

Wilhelm Pfeil u. Frau

Tilly, geb. Meyer.

Wiesbaden, den 24. November 1923.

Luxemburgplatz 2.

Trauung: Samstag, 5 1/2 Uhr, Lutherkirche.

Julius Jekeli

Professor

Gertrud Jekeli

geb. Kühn

Vermählte.

Mediasch (Siebenbürgen)

November 1923.

Wiesbaden

Union-Briketts
Engl. Nußkohlen
Holl. Anthr.-Eierbriketts
Engl. Zechen-Koks
Buchenscheitholz
liefert

Kohlenhdlg. Carl Weygandt

Büro: Yorkstraße 3. Telefon 3365.

Lager: Westbahnhof.

Seltene Gelegenheit!

Ein Posten

gestr. Wolljacken

in allen Farben, ganz schwere Qualität,
100 lang,

früher 120 Frs., jetzt **60 Frs.**

A. Segalls Nachf., Webergasse 37.

Eiform-Briketts

für amerik. und alle sonstigen Dauerbrenner
vorzüglich geeignet, ferner

alle übrigen Sorten Kohlen,
Briketts und Holz
zu äußersten Tagespreisen
empfehlen

Bock, Hack & Co.

Herderstraße 7.

Telephon 961 und 5987.

Achtung! Achtung!

Großer Posten

Zigaretten

aus rein orientalischen Tabaken, zu verkaufen. Anfragen
Weilriedstraße 17.

**Bayrische
Waldhasen**

im Auschnitt.

Hasenbraten
Hasenrücken

Hasenteulen

sowie pr. Hasenpfeffer

zum billigsten Tagespreis.

Nur Frankenstraße 26, im Hofe. Karl Petri.

Christliche Gemeinschaft.

Jeden Sonntag, 8 1/2 Uhr: Vortrag,

Mittwoch, 8 1/2 Uhr: Bibelstunde

in der Aula am Schloßplatz.
Thema am 25. Nov. (Totensonntag):
„Das Ende der Welt u. die Toten“.
Jedermann — ohne Unterschied der Konfession —
herzlich willkommen. Eintritt frei!

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme beim Heimgang unseres lieben Ent-
schlafenen sowie für die schönen Blumen-
spenden sagen wir allen unsern innigsten Dank.

Im Namen aller Hinterbliebenen:

Anna Hill, geb. Neumann.

Wiesbaden, 22. November 1923.
Oranienstr. 58.

Dankagung.

Herzlichen Dank für die zahlreichen
Beweise der Teilnahme beim Tode
unsres guten Vaters und Großvaters.

**Else Wirth-Rohl
Alff Wirth.**

Todes-Anzeige.

Nach langem schweren Leiden, an den
Folgen des schrecklichen Weltkrieges, entschlief
heute nach 3 1/2 Uhr mein lieber guter Mann,
der treubeforgte Vater seiner Kinder

Herr Wilhelm Alexi

Gastwirt

im Alter von nahezu 45 Jahren.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:
Frau Johannette Alexi und Kinder.

Wiesbaden, den 22. November 1923.
Rerofstraße 24.

Die Beerdigung findet Samstag, vorm.
10 1/2 Uhr, vom alten Friedhof aus auf dem
Nordfriedhof statt.

Es ist bestimmt in Gottes Rat,
Daß man vom liebsten, was man hat,
Ruh schenken!

Allen Verwandten und Freunden die tief-
traurige Mitteilung, daß mein lieber Mann,
meines Kindes treusorgender Vater

Herr Georg Michel

im Alter von 49 Jahren heute mittag nach
kurzem schweren Leiden infolge Herz-Klappen-
sanft entschlafen ist.

In tiefer Trauer:

Frau Lina Michel und Kind.

Wiesbaden, den 22. November 1923.
Herderstraße 35.

Die Beerdigung findet Montag, den
26. Nov. 1923, nachm. 3 Uhr, auf dem Süd-
friedhof statt.

Heute entschlief sanft nach langem schweren mit großer
Geduld ertragenem Leiden unser lieber, treusorgender Vater,
Großvater und Onkel

Philipp Offermanns

Tiefbauunternehmer

im Alter von 62 Jahren, wohlversehen mit den hl. Sterbe-
sakramenten.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Hans Offermanns und Kinder

**Karl Schramm und Frau, geb. Offermanns,
und Kinder.**

Wiesbaden (Niederwaldstr. 55), Biebrich (Waldstraße).

Die Beerdigung findet Samstag nachmittag 2 Uhr auf dem
Südfriedhof statt.

— Ende —